

INTERVIEW

„Bei arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden bleibt die subjektive Einkommenslücke dauerhaft hoch“

Sabine Zinn, Direktorin im Geschäftsbereich der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin

1. **Frau Zinn, Sie haben die Entwicklung von tatsächlichem und subjektiv notwendigem Einkommen in Deutschland untersucht. Wie hat sich beides in Ihrem Beobachtungszeitraum entwickelt?** Wir haben uns dazu den Zeitraum von 2002 bis 2022 angeschaut. Das zentrale Ergebnis ist, dass das tatsächliche Einkommen viel stärker gestiegen ist als das, was die Menschen für notwendig erachten. Im Jahr 2002 lag das tatsächliche Monatseinkommen durchschnittlich bei rund 1470 Euro und das als notwendig erachtete bei circa 1190 Euro. 20 Jahre später lag das tatsächliche Einkommen bei durchschnittlich rund 2 460 Euro. Das Einkommen, das die Menschen als subjektiv notwendig erachtet haben, lag etwa bei 1660 Euro. Das tatsächliche Einkommen ist also in 20 Jahren nominal um circa 67 Prozent gestiegen, aber das subjektiv notwendig erachtete Einkommen nur um 39 Prozent.

2. **Bei wie vielen Menschen liegt das tatsächliche Einkommen unter dem subjektiv als notwendig betrachteten Einkommen?** Hier sehen wir insgesamt eine positive Entwicklung. Im Jahr 2002 gaben noch gut 28 Prozent der Menschen an, dass ihr tatsächliches Einkommen unter dem liegt, was sie selbst als notwendig erachten. Im Jahr 2022 waren das nur noch knapp 20 Prozent. Das bedeutet, der Anteil der Menschen, die nach ihrer eigenen Vorstellung nicht über ausreichend Einkommen verfügen, ist innerhalb von 20 Jahren um rund acht Prozentpunkte gesunken. Allerdings bleibt damit noch immer etwa jeder fünfte Erwachsene unter dieser Schwelle. Dass dieser Anteil insgesamt zurückgegangen ist, bedeutet jedoch nicht, dass sich die Situation aller Menschen mit einem solch niedrigen Einkommen verbessert hat.

3. **Inwieweit unterscheiden sich Ihre Ergebnisse, wenn man nach Geschlecht und regionaler Herkunft unterscheidet?** Die Vorstellung darüber, welches Einkommen zum Leben notwendig ist, hat sich zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Ost- und Westdeutschland stark angenähert. Bei den tatsächlichen Einkommen besteht dagegen weiterhin ein großer Unterschied. Einen deutlichen Unterschied bei den tatsächlichen Einkommen finden wir auch in Ost- und Westdeutschland. Allerdings stellen wir fest, dass das subjektiv notwendige Einkommen bei Ost- und Westdeutschen mittlerweile nahezu gleich ist.

4. **Welche Bevölkerungsgruppen stehen bezüglich Einkommen und Armutsrisiko besonders schlecht da?** Erwartungsgemäß ist die Situation von Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, besonders schlecht. Im Jahr 2022 geben rund 74 Prozent der Menschen, die arbeitslos sind und Sozialleistungen beziehen, an, dass ihr tatsächliches Einkommen unter dem liegt, was sie selbst für notwendig erachten. Bei Erwerbstätigen im gleichen unteren Einkommensviertel waren es dagegen nur 48 Prozent. Das zeigt, dass sich die Situation der arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden für den betrachteten Zeitraum kaum verbessert hat. Bei den Erwerbstätigen mit niedrigem Einkommen beobachten wir dagegen seit 2012 eine deutliche Verbesserung.

5. **Was bedeuten Ihre Ergebnisse für politische Entscheidungen, insbesondere im Hinblick auf Sozialleistungen und Grundsicherung?** Wir sollten bei der Bemessung sozialstaatlicher Leistungen nicht nur auf die bisherigen Grundlagen der Bedarfsmessung schauen, sondern auch berücksichtigen, wie die Betroffenen selbst ihre materielle Situation einschätzen. Das ist ein wichtiger Befund, weil wir eine aktuelle Diskussion über die Höhe der Grundsicherung haben. Subjektive Angaben wie die, die wir genutzt haben, können helfen, mögliche Versorgungslücken zu erkennen, die in den rein statistischen Bedarfsberechnungen nicht vollständig sichtbar werden.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf **www.diw.de/interview**

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2026-44-2

IMPRESSUM

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 E-Mail: kundenservice@diw.de
93. Jahrgang 28. Oktober 2026

Herausgeber*innen
Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler;
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert;
Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat
Dr. Clara Schäper

Redaktion
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Hanna Kathreen Antony;
Adam Mark Lederer; Sandra Tubik

Gestaltung
Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter **www.diw.de/wochenbericht** abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter **www.diw.de/wb-anmeldung**

ISSN 1860-8787